

Antrag

der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

Keine Kreditvergabe der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an Südafrika

Der Kreditbewilligungsausschuß der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), deren Anteilseigner zu 80 % die Bundesregierung und zu 20 % die Bundesländer sind, hat im vergangenen Jahr erneut einen Kredit in Höhe von 32 Mio. DM der Firma Siemens für ein Kommunikationssystem in Südafrika gewährt.

Es ist nicht auszuschließen, daß dieses von der KfW finanzierte Kommunikationssystem von Südafrika für militärische Zwecke eingesetzt wird. Diese Befürchtung ist auch den beiden zuständigen Bundesministern Dr. Stoltenberg und Dr. Bangemann bekannt.

Weitere Kreditangebote der KfW für Lieferungen nach Südafrika wurden bereits gemacht.

Auch wenn mit diesen Krediten für Lieferungen nach Südafrika das Neu-Investitionsverbot der EG von 1986 nicht verletzt würde, bedeuten sie doch eine wichtige Stärkung des Apartheidsystems und müssen aus diesem Grunde unterbleiben.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der Kreditbewilligungsausschuß der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) keinerlei Kredite für Lieferungen nach Südafrika mehr gewährt.

Bonn, den 17. Mai 1988

Frau Eid

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

